

Prova A55_2

Strumento musicale negli istituti secondo grado (Organo, Canto, Sassofono)

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Il candidato descriva su quali repertori il proprio strumento/voce può esprimersi al meglio nella progettazione didattica della scuola secondaria di secondo grado, indicando un percorso relativo agli obiettivi specifici di apprendimento previsti per una classe prima.

Quesito 2 - Il candidato descriva quali sono i repertori, a suo giudizio, più funzionali per raggiungere un'adeguata padronanza strumentale/vocale in ambito cameristico

Quesito 3 - Il candidato illustri i principali metodi di consapevolezza corporea funzionali al raggiungimento di una corretta postura.

Quesito 4 - Il candidato descriva le strategie didattiche attraverso le quali proporrà l'approccio alle musiche extra colte con il proprio strumento/voce.

Quesito 5 - Il candidato progetti un percorso didattico che integri la pratica strumentale/vocale con altre forme artistiche.

Quesito 6 - L'insegnamento dello strumento/voce nel liceo musicale è individuale e favorisce una conoscenza approfondita delle caratteristiche specifiche dello studente. Il candidato spieghi come possa avvantaggiarsene un'efficace azione di orientamento per la prosecuzione degli studi.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die Beschäftigung als Instrument zur besseren Integration junger Menschen
Analyse der Ergebnisse*

Arbeitsplätze tragen wesentlich dazu bei, Jugendlichen dabei zu helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, wirtschaftlich unabhängig zu werden und ihre persönlichen Ziele zu verwirklichen. Eine Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, ihrer Jugend konkrete Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, läuft Gefahr, in einen Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Marginalisierung und sozialer Spaltung zu geraten. Indem man der Jugend Zugang zum Arbeitsmarkt gibt, trägt man zur sozialen Stabilität bei, was als Grundlage für Wirtschaftswachstum und Wohlstand gilt. Teilweise wird die Arbeitslosigkeit sogar als Verletzung der Menschenrechte der Jugendlichen betrachtet.

Der Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung und zu Information und Beratung ist eine grundlegende Voraussetzung nicht nur für eine erfolgreiche Arbeitsplatzsuche und für die Vermeidung von Arbeitslosigkeit sondern auch dafür, dass die Jugendlichen eine gute und befriedigende Arbeit finden. Doch dies allein genügt nicht: es müssen auch Lösungen in anderen Bereichen wie Gesundheit, Familie, soziale Rechte, Diskriminierung

usw. gefunden werden, da sie ebenso bedeutsam für die soziale Integration der jungen Menschen sind. Mit der Aufnahme der neuen Titel zu Beschäftigung und sozialen Angelegenheiten in die Europäischen Verträge hat die Europäische Union ihren Anspruch geltend gemacht, gemeinsame Strategien und Programme in diesen Bereichen zu entwickeln (beispielsweise die europäische Beschäftigungsstrategie, die Lissabonner Strategie zur Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells, die Sozialagenda, das Programm zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und das Programm zur sozialen Eingliederung). Wo immer dies möglich und angemessen ist, wird auf diese Strategien und Programme Bezug genommen, um die von den verschiedenen Teilnehmern am Konsultationsprozess geäußerten Einschätzungen zu ergänzen. Dies wird dazu beitragen festzustellen, in welchen Bereichen die EU und die Mitgliedstaaten zur Entwicklung weiterer und besserer Maßnahmen aufgefordert sind. (280)

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 39 (2001)

Für den sozialen Frieden ist es wichtig, ...

- a) ... durch ein konkretes Angebot an Arbeitsplätzen den Jugendlichen einen sicheren Platz in der Gesellschaft zu garantieren.
- b) ... die Jugendlichen umzuschulen.
- c) ... die arbeitslosen Jugendlichen zur Arbeit zu zwingen.
- d) ... die Jugendlichen finanziell bei der Arbeitssuche zu unterstützen.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die Beschäftigung als Instrument zur besseren Integration junger Menschen
Analyse der Ergebnisse*

Arbeitsplätze tragen wesentlich dazu bei, Jugendlichen dabei zu helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, wirtschaftlich unabhängig zu werden und ihre persönlichen Ziele zu verwirklichen. Eine Gesellschaft, die nicht imstande ist, ihrer Jugend konkrete Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, läuft Gefahr, in einen Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Marginalisierung und sozialer Spaltung zu geraten. Indem man der Jugend Zugang zum Arbeitsmarkt gibt, trägt man zur sozialen Stabilität bei, was als Grundlage für Wirtschaftswachstum und Wohlstand gilt. Teilweise wird die Arbeitslosigkeit sogar als Verletzung der Menschenrechte der Jugendlichen betrachtet.

Der Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung und zu Information und Beratung ist eine grundlegende Voraussetzung nicht nur für eine erfolgreiche Arbeitsplatzsuche und für die Vermeidung von Arbeitslosigkeit sondern auch dafür, dass die Jugendlichen eine gute und befriedigende Arbeit finden. Doch dies allein genügt nicht: es müssen auch Lösungen in anderen Bereichen wie Gesundheit, Familie, soziale Rechte, Diskriminierung usw. gefunden werden, da sie ebenso bedeutsam für die soziale Integration der jungen Menschen sind. Mit der Aufnahme der neuen Titel zu Beschäftigung und sozialen Angelegenheiten in die Europäischen Verträge hat die Europäische Union ihren Anspruch geltend gemacht, gemeinsame Strategien und Programme in diesen Bereichen zu entwickeln (beispielsweise die europäische Beschäftigungsstrategie, die Lissabonner Strategie zur Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells, die Sozialagenda, das Programm zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und das Programm zur sozialen Eingliederung). Wo immer dies möglich und angemessen ist, wird auf diese Strategien und Programme Bezug genommen, um die von den verschiedenen Teilnehmern am Konsultationsprozess geäußerten Einschätzungen zu ergänzen. Dies wird dazu beitragen festzustellen, in welchen Bereichen die EU und die Mitgliedstaaten zur Entwicklung weiterer und besserer Maßnahmen aufgefordert sind. (280)

Eine gut strukturierte Berufsorientierung und Berufsberatung ...

- a) ... hilft bei der Wahl der Oberschule.
- b) ... stellt eine Grundvoraussetzung für ein erfülltes berufliches Leben dar.
- c) ... ist unabdingbare Voraussetzung für die Berufswahl.
- d) ... schützt vor sozialen Spannungen.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die Beschäftigung als Instrument zur besseren Integration junger Menschen
Analyse der Ergebnisse*

Arbeitsplätze tragen wesentlich dazu bei, Jugendlichen dabei zu helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, wirtschaftlich unabhängig zu werden und ihre persönlichen Ziele zu verwirklichen. Eine Gesellschaft, die nicht imstande ist, ihrer Jugend konkrete Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, läuft Gefahr, in einen Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Marginalisierung und sozialer Spaltung zu geraten. Indem man der Jugend Zugang zum Arbeitsmarkt gibt, trägt man zur sozialen Stabilität bei, was als Grundlage für Wirtschaftswachstum und Wohlstand gilt. Teilweise wird die Arbeitslosigkeit sogar als Verletzung der Menschenrechte der Jugendlichen betrachtet.

Der Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung und zu Information und Beratung ist eine grundlegende Voraussetzung nicht nur für eine erfolgreiche Arbeitsplatzsuche und für die Vermeidung von Arbeitslosigkeit sondern auch dafür, dass die Jugendlichen eine gute und befriedigende Arbeit finden. Doch dies allein genügt nicht: es müssen auch Lösungen in anderen Bereichen wie Gesundheit, Familie, soziale Rechte, Diskriminierung usw. gefunden werden, da sie ebenso bedeutsam für die soziale Integration der jungen Menschen sind.

Mit der Aufnahme der neuen Titel zu Beschäftigung und sozialen Angelegenheiten in die Europäischen Verträge hat die Europäische Union ihren Anspruch geltend gemacht, gemeinsame Strategien und Programme in diesen Bereichen zu entwickeln (beispielsweise die europäische Beschäftigungsstrategie, die Lissabonner Strategie zur Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells, die Sozialagenda, das Programm zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und das Programm zur sozialen Eingliederung). Wo immer dies möglich und angemessen ist, wird auf diese Strategien und Programme Bezug genommen, um die von den verschiedenen Teilnehmern am Konsultationsprozess geäußerten Einschätzungen zu ergänzen. Dies wird dazu beitragen festzustellen, in welchen Bereichen die EU und die Mitgliedstaaten zur Entwicklung weiterer und besserer Maßnahmen aufgefordert sind. (280)

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 39 (2001)

Arbeit ist nicht alles im Leben, ...

- a) ... Jugendliche sollten in der Tat das Leben genießen, bevor sie einer Arbeit nachgehen.
- b) ... Gesundheit, Gleichberechtigung und soziale Sicherheit sind von ebenso großer Bedeutung.
- c) ... guter Wille und Offenheit sind genauso gefragt.
- d) ... Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen sind daher von zweitrangiger Bedeutung.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die Beschäftigung als Instrument zur besseren Integration junger Menschen
Analyse der Ergebnisse*

Arbeitsplätze tragen wesentlich dazu bei, Jugendlichen dabei zu helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, wirtschaftlich unabhängig zu werden und ihre persönlichen Ziele zu verwirklichen. Eine Gesellschaft, die nicht imstande ist, ihrer Jugend konkrete Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, läuft Gefahr, in einen Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Marginalisierung und sozialer Spaltung zu geraten. Indem man der Jugend Zugang zum Arbeitsmarkt gibt, trägt man zur sozialen Stabilität bei, was als Grundlage für Wirtschaftswachstum und Wohlstand gilt. Teilweise wird die Arbeitslosigkeit sogar als Verletzung der Menschenrechte der Jugendlichen betrachtet.

Der Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung und zu Information und Beratung ist eine grundlegende Voraussetzung nicht nur für eine erfolgreiche Arbeitsplatzsuche und für die Vermeidung von Arbeitslosigkeit sondern auch dafür, dass die Jugendlichen eine gute und befriedigende Arbeit finden. Doch dies allein genügt nicht: es müssen auch Lösungen in anderen Bereichen wie Gesundheit, Familie, soziale Rechte, Diskriminierung usw. gefunden werden, da sie ebenso bedeutsam für die soziale Integration der jungen Menschen sind.

Mit der Aufnahme der neuen Titel zu Beschäftigung und sozialen Angelegenheiten in die Europäischen Verträge hat die Europäische Union ihren Anspruch geltend gemacht, gemeinsame Strategien und Programme in diesen Bereichen zu entwickeln (beispielsweise die europäische Beschäftigungsstrategie, die Lissabonner Strategie zur Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells, die Sozialagenda, das Programm zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und das Programm zur sozialen Eingliederung). Wo immer dies möglich und angemessen ist, wird auf diese Strategien und Programme Bezug genommen, um die von den verschiedenen Teilnehmern am Konsultationsprozess geäußerten Einschätzungen zu ergänzen. Dies wird dazu beitragen festzustellen, in welchen Bereichen die EU und die Mitgliedstaaten zur Entwicklung weiterer und besserer Maßnahmen aufgefordert sind. (280)

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 39 (2001)

Die Europäische Union wird die Mitgliedsstaaten auffordern, ...

- a) ... sich nur mit der Jugendarbeitslosigkeit zu beschäftigen.
- b) ... sich vorrangig um den sozialen Frieden zu kümmern.
- c) ... in bestimmten Bereichen nach gemeinsamen Strategien und Lösungen zu suchen.
- d) ... mit größerem Einsatz gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die Beschäftigung als Instrument zur besseren Integration junger Menschen
Analyse der Ergebnisse*

Arbeitsplätze tragen wesentlich dazu bei, Jugendlichen dabei zu helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, wirtschaftlich unabhängig zu werden und ihre persönlichen Ziele zu verwirklichen. Eine Gesellschaft, die nicht imstande ist, ihrer Jugend konkrete Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, läuft Gefahr, in einen Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Marginalisierung und sozialer Spaltung zu geraten. Indem man der Jugend Zugang zum Arbeitsmarkt gibt, trägt man zur sozialen Stabilität bei, was als Grundlage für Wirtschaftswachstum und Wohlstand gilt. Teilweise wird die Arbeitslosigkeit sogar als Verletzung der Menschenrechte der

Jugendlichen betrachtet.

Der Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung und zu Information und Beratung ist eine grundlegende Voraussetzung nicht nur für eine erfolgreiche Arbeitsplatzsuche und für die Vermeidung von Arbeitslosigkeit sondern auch dafür, dass die Jugendlichen eine gute und befriedigende Arbeit finden. Doch dies allein genügt nicht: es müssen auch Lösungen in anderen Bereichen wie Gesundheit, Familie, soziale Rechte, Diskriminierung usw. gefunden werden, da sie ebenso bedeutsam für die soziale Integration der jungen Menschen sind. Mit der Aufnahme der neuen Titel zu Beschäftigung und sozialen Angelegenheiten in die Europäischen Verträge hat die Europäische Union ihren Anspruch geltend gemacht, gemeinsame Strategien und Programme in diesen Bereichen zu entwickeln (beispielsweise die europäische Beschäftigungsstrategie, die Lissabonner Strategie zur Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells, die Sozialagenda, das Programm zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und das Programm zur sozialen Eingliederung). Wo immer dies möglich und angemessen ist, wird auf diese Strategien und Programme Bezug genommen, um die von den verschiedenen Teilnehmern am Konsultationsprozess geäußerten Einschätzungen zu ergänzen. Dies wird dazu beitragen festzustellen, in welchen Bereichen die EU und die Mitgliedstaaten zur Entwicklung weiterer und besserer Maßnahmen aufgefordert sind. (280)

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, S. 39 (2001)

Ein Teufelskreis ist ...

- a) ... eine negative Entwicklung, die nicht vorhersehbar ist, aber am Ende eine glückliche Lösung findet.
- b) ... ein Kompromiss.
- c) ... eine Abwärtsspirale, wobei mehrere negative Faktoren zusammenkommen und sich zunehmend verstärken.
- d) ... eine Situation, aus der es immer wieder Auswege gibt.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

1.1. Konzepte der staatsbürgerlichen Bildung

Gegenstand dieses Abschnitts sind in erster Linie die verbindlichen Vorgaben für den Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung. Umfassende Informationen zu den in den verschiedenen Ländern verwendeten Konzepten sind im Anhang nachzulesen. [...]

1.1.1. Konzept des eigenständigen Unterrichtsfachs oder Integration in breiter angelegte Unterrichtsfächer/Lehrplanbereiche

In 20 Bildungssystemen wird in den Lehrplänen auf Zentralebene die staatsbürgerliche Bildung als verbindliches eigenständiges Pflichtfach behandelt, das teilweise in der Primarstufe beginnt, üblicherweise jedoch in der Sekundarstufe I und/oder Sekundarstufe II (Abbildung 1.1). Aus dem Vergleich dieses Sachstands mit der vorangegangenen Eurydice-Studie zur staatsbürgerlichen Bildung (2005) ergibt sich, dass in drei Staaten (Spanien, Niederlande und Finnland) inzwischen das Konzept des eigenständigen Unterrichtsfachs eingeführt wurde. In Norwegen wird dagegen das 2007 eingeführte eigenständige Fach, das Bestandteile der staatsbürgerlichen Bildung „Tätigkeit im Schülerrat“ enthält, im Nachgang zu einer Evaluierung der schulischen Praxis, die auf Initiative der Direktion für allgemeine und berufliche Bildung durchgeführt wurde (siehe Abschnitt 4.3), ab 2012/13 aus dem Lehrplan gestrichen. Der Inhalt dieses Unterrichtsfachs wird in andere Fächer aufgenommen, besonders in Sozialwissenschaft sowie in neue Wahlfächer in Sekundarstufe I. Darüber hinaus kann Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach auch von einzelnen Schulen im Rahmen ihrer autonomen Gestaltung des schulischen Lehrplans eingeführt werden. So ist es beispielsweise in der Tschechischen Republik in der Sekundarstufe den Schulen überlassen, ob sie Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach unterrichten, da sie über die Autonomie im Unterrichten des Hauptlernbereichs

verfügen, in das die „Staatsbürgerkunde“ integriert ist, d. h. „Mensch und Gesellschaft“. Im Vereinigten Königreich (England) können die nicht gesetzlich festgelegten Staatsbürgerkundeprogramme, die in der Primar- und in der Sekundarstufe II im Zeitraum nach den Pflichtschuljahren unterrichtet werden sollen, als eigenständige Unterrichtsfächer gestaltet oder in andere Fächer integriert werden. In Rumänien, Slowenien und Norwegen sind eigenständige Wahlfächer auch über den gesamten Primar- und/oder Sekundarbereich hinweg anzutreffen.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 18 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Wo sehen die VerfasserInnen des Berichts das zentrale Aufgabenfeld der staatsbürgerlichen Erziehung?

- a) Sie heben die Bedeutung der staatsbürgerlichen Vorschulerziehung hervor.
- b) Sie unterstützen in erster Linie außerschulische Projekte.
- c) Sie beschäftigen sich vor allem mit der Situation an den Schulen.
- d) Sie konzentrieren sich auf den Bereich des informalen Lernens.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

1.1. Konzepte der staatsbürgerlichen Bildung

Gegenstand dieses Abschnitts sind in erster Linie die verbindlichen Vorgaben für den Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung. Umfassende Informationen zu den in den verschiedenen Ländern verwendeten Konzepten sind im Anhang nachzulesen. [...]

1.1.1. Konzept des eigenständigen Unterrichtsfachs oder Integration in breiter angelegte Unterrichtsfächer/Lehrplanbereiche

In 20 Bildungssystemen wird in den Lehrplänen auf Zentralebene die staatsbürgerliche Bildung als verbindliches eigenständiges Pflichtfach behandelt, das teilweise in der Primarstufe beginnt, üblicherweise jedoch in der Sekundarstufe I und/oder Sekundarstufe II (Abbildung 1.1). Aus dem Vergleich dieses Sachstands mit der vorangegangenen Eurydice-Studie zur staatsbürgerlichen Bildung (2005) ergibt sich, dass in drei Staaten (Spanien, Niederlande und Finnland) inzwischen das Konzept des eigenständigen Unterrichtsfachs eingeführt wurde. In Norwegen wird dagegen das 2007 eingeführte eigenständige Fach, das Bestandteile der staatsbürgerlichen Bildung „Tätigkeit im Schülerrat“ enthält, im Nachgang zu einer Evaluierung der schulischen Praxis, die auf Initiative der Direktion für allgemeine und berufliche Bildung durchgeführt wurde (siehe Abschnitt 4.3), ab 2012/13 aus dem Lehrplan gestrichen. Der Inhalt dieses Unterrichtsfachs wird in andere Fächer aufgenommen, besonders in Sozialwissenschaft sowie in neue Wahlfächer in Sekundarstufe I. Darüber hinaus kann Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach auch von einzelnen Schulen im Rahmen ihrer autonomen Gestaltung des schulischen Lehrplans eingeführt werden. So ist es beispielsweise in der Tschechischen Republik in der Sekundarstufe den Schulen überlassen, ob sie Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach unterrichten, da sie über die Autonomie im Unterrichten des Hauptlernbereichs verfügen, in das die „Staatsbürgerkunde“ integriert ist, d. h. „Mensch und Gesellschaft“. Im Vereinigten Königreich (England) können die nicht gesetzlich festgelegten Staatsbürgerkundeprogramme, die in der Primar- und in der Sekundarstufe II im Zeitraum nach den Pflichtschuljahren unterrichtet werden sollen, als eigenständige Unterrichtsfächer gestaltet oder in andere Fächer integriert werden. In Rumänien, Slowenien und Norwegen sind eigenständige Wahlfächer auch über den gesamten Primar- und/oder Sekundarbereich hinweg anzutreffen.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 18 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Welchen Status hat staatsbürgerliche Erziehung in den Bildungssystemen vieler europäischer Länder?

- a) Für die Bildungssysteme vieler Länder in Europa hat staatsbürgerliche Erziehung keinen besonderen Stellenwert.
- b) Staatsbürgerliche Erziehung ist in vielen Ländern obligatorisches Schulfach.
- c) Unterricht in staatsbürgerlicher Erziehung wird autonom von den einzelnen Schulen definiert.
- d) Staatsbürgerliche Erziehung wird in vielen Ländern lediglich als Wahlfach angeboten.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

1.1. Konzepte der staatsbürgerlichen Bildung

Gegenstand dieses Abschnitts sind in erster Linie die verbindlichen Vorgaben für den Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung. Umfassende Informationen zu den in den verschiedenen Ländern verwendeten Konzepten sind im Anhang nachzulesen. [...]

1.1.1. Konzept des eigenständigen Unterrichtsfachs oder Integration in breiter angelegte

Unterrichtsfächer/Lehrplanbereiche

In 20 Bildungssystemen wird in den Lehrplänen auf Zentralebene die staatsbürgerliche Bildung als verbindliches eigenständiges Pflichtfach behandelt, das teilweise in der Primarstufe beginnt, üblicherweise jedoch in der Sekundarstufe I und/oder Sekundarstufe II (Abbildung 1.1). Aus dem Vergleich dieses Sachstands mit der vorangegangenen Eurydice-Studie zur staatsbürgerlichen Bildung (2005) ergibt sich, dass in drei Staaten (Spanien, Niederlande und Finnland) inzwischen das Konzept des eigenständigen Unterrichtsfachs eingeführt wurde. In Norwegen wird dagegen das 2007 eingeführte eigenständige Fach, das Bestandteile der staatsbürgerlichen Bildung „Tätigkeit im Schülerrat“ enthält, im Nachgang zu einer Evaluierung der schulischen Praxis, die auf Initiative der Direktion für allgemeine und berufliche Bildung durchgeführt wurde (siehe Abschnitt 4.3), ab 2012/13 aus dem Lehrplan gestrichen. Der Inhalt dieses Unterrichtsfachs wird in andere Fächer aufgenommen, besonders in Sozialwissenschaft sowie in neue Wahlfächer in Sekundarstufe I. Darüber hinaus kann Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach auch von einzelnen Schulen im Rahmen ihrer autonomen Gestaltung des schulischen Lehrplans eingeführt werden. So ist es beispielsweise in der Tschechischen Republik in der Sekundarstufe den Schulen überlassen, ob sie Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach unterrichten, da sie über die Autonomie im Unterrichten des Hauptlernbereichs verfügen, in das die „Staatsbürgerkunde“ integriert ist, d. h. „Mensch und Gesellschaft“. Im Vereinigten Königreich (England) können die nicht gesetzlich festgelegten Staatsbürgerkundeprogramme, die in der Primar- und in der Sekundarstufe II im Zeitraum nach den Pflichtschuljahren unterrichtet werden sollen, als eigenständige Unterrichtsfächer gestaltet oder in andere Fächer integriert werden. In Rumänien, Slowenien und Norwegen sind eigenständige Wahlfächer auch über den gesamten Primar- und/oder Sekundarbereich hinweg anzutreffen.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 18 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Welchen Sonderweg geht Norwegen?

- a) In Norwegen machen alle Schülerinnen und Schüler während der obligatorischen Schulzeit ein staatsbürgerliches Praktikum.
- b) Das Projekt „Tätigkeit im Schülerrat“ gilt als Beispiel für ausgezeichnete Schulpraxis.
- c) Norwegen präferiert praktische staatsbürgerliche Erziehung, weil die Evaluation deren Wert bestätigt hat.

- d) Norwegen hat ein Projekt zum praktischen Lernen abgebrochen und integriert staatsbürgerliche Erziehung in andere Fächer.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

1.1. Konzepte der staatsbürgerlichen Bildung

Gegenstand dieses Abschnitts sind in erster Linie die verbindlichen Vorgaben für den Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung. Umfassende Informationen zu den in den verschiedenen Ländern verwendeten Konzepten sind im Anhang nachzulesen. [...]

1.1.1. Konzept des eigenständigen Unterrichtsfachs oder Integration in breiter angelegte Unterrichtsfächer/Lehrplanbereiche

In 20 Bildungssystemen wird in den Lehrplänen auf Zentralebene die staatsbürgerliche Bildung als verbindliches eigenständiges Pflichtfach behandelt, das teilweise in der Primarstufe beginnt, üblicherweise jedoch in der Sekundarstufe I und/oder Sekundarstufe II (Abbildung 1.1). Aus dem Vergleich dieses Sachstands mit der vorangegangenen Eurydice-Studie zur staatsbürgerlichen Bildung (2005) ergibt sich, dass in drei Staaten (Spanien, Niederlande und Finnland) inzwischen das Konzept des eigenständigen Unterrichtsfachs eingeführt wurde. In Norwegen wird dagegen das 2007 eingeführte eigenständige Fach, das Bestandteile der staatsbürgerlichen Bildung „Tätigkeit im Schülerrat“ enthält, im Nachgang zu einer Evaluierung der schulischen Praxis, die auf Initiative der Direktion für allgemeine und berufliche Bildung durchgeführt wurde (siehe Abschnitt 4.3), ab 2012/13 aus dem Lehrplan gestrichen. Der Inhalt dieses Unterrichtsfachs wird in andere Fächer aufgenommen, besonders in Sozialwissenschaft sowie in neue Wahlfächer in Sekundarstufe I. Darüber hinaus kann Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach auch von einzelnen Schulen im Rahmen ihrer autonomen Gestaltung des schulischen Lehrplans eingeführt werden. So ist es beispielsweise in der Tschechischen Republik in der Sekundarstufe den Schulen überlassen, ob sie Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach unterrichten, da sie über die Autonomie im Unterrichten des Hauptlernbereichs verfügen, in das die „Staatsbürgerkunde“ integriert ist, d. h. „Mensch und Gesellschaft“. Im Vereinigten Königreich (England) können die nicht gesetzlich festgelegten Staatsbürgerkundeprogramme, die in der Primar- und in der Sekundarstufe II im Zeitraum nach den Pflichtschuljahren unterrichtet werden sollen, als eigenständige Unterrichtsfächer gestaltet oder in andere Fächer integriert werden. In Rumänien, Slowenien und Norwegen sind eigenständige Wahlfächer auch über den gesamten Primar- und/oder Sekundarbereich hinweg anzutreffen.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 18 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Was bedeutet die schulische Autonomie in Tschechien für die staatsbürgerliche Erziehung?

- a) Die Schulen haben die Freiheit, den Lernbereich „Mensch und Gesellschaft“ abzuschaffen.
- b) Tschechische Schülerinnen und Schüler haben keinerlei staatsbürgerliche Erziehung.
- c) An tschechischen Schulen wird Staatsbürgerkunde auf der Sekundarstufe nicht unterrichtet.
- d) An tschechischen Schulen kann Staatsbürgerkunde als ein eigenständiges Pflichtfach oder im Kontext des Lernbereichs „Mensch und Gesellschaft“ angeboten werden.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

1.1. Konzepte der staatsbürgerlichen Bildung

Gegenstand dieses Abschnitts sind in erster Linie die verbindlichen Vorgaben für den Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung. Umfassende Informationen zu den in den verschiedenen Ländern verwendeten Konzepten sind im Anhang nachzulesen. [...]

1.1.1. Konzept des eigenständigen Unterrichtsfachs oder Integration in breiter angelegte Unterrichtsfächer/Lehrplanbereiche

In 20 Bildungssystemen wird in den Lehrplänen auf Zentralebene die staatsbürgerliche Bildung als verbindliches eigenständiges Pflichtfach behandelt, das teilweise in der Primarstufe beginnt, üblicherweise jedoch in der Sekundarstufe I und/oder Sekundarstufe II (Abbildung 1.1). Aus dem Vergleich dieses Sachstands mit der vorangegangenen Eurydice-Studie zur staatsbürgerlichen Bildung (2005) ergibt sich, dass in drei Staaten (Spanien, Niederlande und Finnland) inzwischen das Konzept des eigenständigen Unterrichtsfachs eingeführt wurde. In Norwegen wird dagegen das 2007 eingeführte eigenständige Fach, das Bestandteile der staatsbürgerlichen Bildung „Tätigkeit im Schülerrat“ enthält, im Nachgang zu einer Evaluierung der schulischen Praxis, die auf Initiative der Direktion für allgemeine und berufliche Bildung durchgeführt wurde (siehe Abschnitt 4.3), ab 2012/13 aus dem Lehrplan gestrichen. Der Inhalt dieses Unterrichtsfachs wird in andere Fächer aufgenommen, besonders in Sozialwissenschaft sowie in neue Wahlfächer in Sekundarstufe I. Darüber hinaus kann Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach auch von einzelnen Schulen im Rahmen ihrer autonomen Gestaltung des schulischen Lehrplans eingeführt werden. So ist es beispielsweise in der Tschechischen Republik in der Sekundarstufe den Schulen überlassen, ob sie Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach unterrichten, da sie über die Autonomie im Unterrichten des Hauptlernbereichs verfügen, in das die „Staatsbürgerkunde“ integriert ist, d. h. „Mensch und Gesellschaft“. Im Vereinigten Königreich (England) können die nicht gesetzlich festgelegten Staatsbürgerkundeprogramme, die in der Primar- und in der Sekundarstufe II im Zeitraum nach den Pflichtschuljahren unterrichtet werden sollen, als eigenständige Unterrichtsfächer gestaltet oder in andere Fächer integriert werden. In Rumänien, Slowenien und Norwegen sind eigenständige Wahlfächer auch über den gesamten Primar- und/oder Sekundarbereich hinweg anzutreffen.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 18 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Welche Möglichkeit gibt es für staatsbürgerliche Erziehung in Bereichen, die gesetzlich nicht geregelt wurden?

- a) Es muss ein parlamentarischer Vorstoß unternommen werden, um eine gesetzliche Regelung zu erzielen.
- b) Themen und Programme können als Wahlfach angeboten oder in andere Lernbereiche integriert werden.
- c) Die Schulen können auf das Projekt staatsbürgerliche Erziehung vollständig verzichten.
- d) An den Schulen werden Arbeitsgruppen gebildet, die einen Lehrplan ausarbeiten.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Definition of Citizenship in the West in the Postwar Period

Professor Marshall defines citizenship as full membership in a community, and argues that it has been gradually achieved through the historical development of individual rights. The acquisition of these rights can be seen through three centuries of English history:

- civil rights (basic freedoms from state interference), which arose in the eighteenth century;
- political rights (electoral rights, etc.), arising in the nineteenth century; and
- social rights, including rights to health care, unemployment insurance, old age pensions, characteristic of the (mid)-twentieth century evolution of the welfare state.

Underlying citizenship, in these terms, is the fundamental value of equality: everyone is entitled to be treated as a

full and equal member of society, and to be given the means to enjoy that equality. Under this view, the welfare state of the postwar era would represent a final stage of achievement of citizenship rights. It is the culmination of a process in which the range of citizenship rights has been greatly extended, as well as the classes of citizens who have benefited has been expanded, from white, property-owning Protestant men, to groups including women, the working class, Jews and Catholics, blacks and other previously excluded groups.

This is essentially a sociological, not a political concept of citizenship. It explicitly develops the links between citizenship and social class, and links the development of citizenship to the development of capitalism in the modern nation state. It also projects a picture of 'passive' citizenship, in which citizenship rights are given to citizens, rather than achieved through constructive participation in government or even through 'struggle' against the status quo. This view of citizenship, however, is unrealistic, even in the advanced capitalist or post-capitalist countries where the demands of an ageing population in an era of slow economic growth and increasing environmental degradation are proving unsustainable.

See <http://jeanmonnetprogram.org/archive/papers/97/97-06--II.html>

According to Marshall, the idea of what citizenship means has developed over time, beginning with

- a) allowing women to vote.
- b) guaranteeing old age pensions.
- c) people acquiring civil rights.
- d) taking away the land-owning rights of white males.

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Definition of Citizenship in the West in the Postwar Period

Professor Marshall defines citizenship as full membership in a community, and argues that it has been gradually achieved through the historical development of individual rights. The acquisition of these rights can be seen through three centuries of English history:

- civil rights (basic freedoms from state interference), which arose in the eighteenth century;
- political rights (electoral rights, etc.), arising in the nineteenth century; and
- social rights, including rights to health care, unemployment insurance, old age pensions, characteristic of the (mid)-twentieth century evolution of the welfare state.

Underlying citizenship, in these terms, is the fundamental value of equality: everyone is entitled to be treated as a full and equal member of society, and to be given the means to enjoy that equality. Under this view, the welfare state of the postwar era would represent a final stage of achievement of citizenship rights. It is the culmination of a process in which the range of citizenship rights has been greatly extended, as well as the classes of citizens who have benefited has been expanded, from white, property-owning Protestant men, to groups including women, the working class, Jews and Catholics, blacks and other previously excluded groups.

This is essentially a sociological, not a political concept of citizenship. It explicitly develops the links between citizenship and social class, and links the development of citizenship to the development of capitalism in the modern nation state. It also projects a picture of 'passive' citizenship, in which citizenship rights are given to citizens, rather than achieved through constructive participation in government or even through 'struggle' against the status quo. This view of citizenship, however, is unrealistic, even in the advanced capitalist or post-capitalist countries where the demands of an ageing population in an era of slow economic growth and increasing environmental degradation are proving unsustainable.

See <http://jeanmonnetprogram.org/archive/papers/97/97-06--II.html>

The fundamental idea of citizenship is that everyone is treated equally

- a) and everyone is on their own to find the means.
- b) even if not everyone will be furnished with the means to enjoy that equality.

- c) even if some are treated better than others.
- d) and everyone must be supplied with the means to enjoy that equality.

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Definition of Citizenship in the West in the Postwar Period

Professor Marshall defines citizenship as full membership in a community, and argues that it has been gradually achieved through the historical development of individual rights. The acquisition of these rights can be seen through three centuries of English history:

- civil rights (basic freedoms from state interference), which arose in the eighteenth century;
- political rights (electoral rights, etc.), arising in the nineteenth century; and
- social rights, including rights to health care, unemployment insurance, old age pensions, characteristic of the (mid)-twentieth century evolution of the welfare state.

Underlying citizenship, in these terms, is the fundamental value of equality: everyone is entitled to be treated as a full and equal member of society, and to be given the means to enjoy that equality. Under this view, the welfare state of the postwar era would represent a final stage of achievement of citizenship rights. It is the culmination of a process in which the range of citizenship rights has been greatly extended, as well as the classes of citizens who have benefited has been expanded, from white, property-owning Protestant men, to groups including women, the working class, Jews and Catholics, blacks and other previously excluded groups.

This is essentially a sociological, not a political concept of citizenship. It explicitly develops the links between citizenship and social class, and links the development of citizenship to the development of capitalism in the modern nation state. It also projects a picture of 'passive' citizenship, in which citizenship rights are given to citizens, rather than achieved through constructive participation in government or even through 'struggle' against the status quo. This view of citizenship, however, is unrealistic, even in the advanced capitalist or post-capitalist countries where the demands of an ageing population in an era of slow economic growth and increasing environmental degradation are proving unsustainable.

See <http://jeanmonnetprogram.org/archive/papers/97/97-06--II.html>

The final stage of achieving the full citizenship rights, is best represented by

- a) the era of white, property-owning, men.
- b) the era of the struggle for voting rights.
- c) the era of the post-war welfare state.
- d) the era of the struggle for civil rights.

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Definition of Citizenship in the West in the Postwar Period

Professor Marshall defines citizenship as full membership in a community, and argues that it has been gradually achieved through the historical development of individual rights. The acquisition of these rights can be seen through three centuries of English history:

- civil rights (basic freedoms from state interference), which arose in the eighteenth century;
- political rights (electoral rights, etc.), arising in the nineteenth century; and
- social rights, including rights to health care, unemployment insurance, old age pensions, characteristic of the (mid)-twentieth century evolution of the welfare state.

Underlying citizenship, in these terms, is the fundamental value of equality: everyone is entitled to be treated as a full and equal member of society, and to be given the means to enjoy that equality. Under this view, the welfare state of the postwar era would represent a final stage of achievement of citizenship rights. It is the culmination of

a process in which the range of citizenship rights has been greatly extended, as well as the classes of citizens who have benefited has been expanded, from white, property-owning Protestant men, to groups including women, the working class, Jews and Catholics, blacks and other previously excluded groups. This is essentially a sociological, not a political concept of citizenship. It explicitly develops the links between citizenship and social class, and links the development of citizenship to the development of capitalism in the modern nation state. It also projects a picture of 'passive' citizenship, in which citizenship rights are given to citizens, rather than achieved through constructive participation in government or even through 'struggle' against the status quo. This view of citizenship, however, is unrealistic, even in the advanced capitalist or post-capitalist countries where the demands of an ageing population in an era of slow economic growth and increasing environmental degradation are proving unsustainable.

See <http://jeanmonnetprogram.org/archive/papers/97/97-06--II.html>

A passive form of citizenship implies that

- a) rights themselves are not active.
- b) rights are given to the citizen.
- c) citizenship causes suffering.
- d) a person must struggle to achieve citizenship.

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Definition of Citizenship in the West in the Postwar Period

Professor Marshall defines citizenship as full membership in a community, and argues that it has been gradually achieved through the historical development of individual rights. The acquisition of these rights can be seen through three centuries of English history:

- civil rights (basic freedoms from state interference), which arose in the eighteenth century;
- political rights (electoral rights, etc.), arising in the nineteenth century; and
- social rights, including rights to health care, unemployment insurance, old age pensions, characteristic of the (mid)-twentieth century evolution of the welfare state.

Underlying citizenship, in these terms, is the fundamental value of equality: everyone is entitled to be treated as a full and equal member of society, and to be given the means to enjoy that equality. Under this view, the welfare state of the postwar era would represent a final stage of achievement of citizenship rights. It is the culmination of a process in which the range of citizenship rights has been greatly extended, as well as the classes of citizens who have benefited has been expanded, from white, property-owning Protestant men, to groups including women, the working class, Jews and Catholics, blacks and other previously excluded groups.

This is essentially a sociological, not a political concept of citizenship. It explicitly develops the links between citizenship and social class, and links the development of citizenship to the development of capitalism in the modern nation state. It also projects a picture of 'passive' citizenship, in which citizenship rights are given to citizens, rather than achieved through constructive participation in government or even through 'struggle' against the status quo. This view of citizenship, however, is unrealistic, even in the advanced capitalist or post-capitalist countries where the demands of an ageing population in an era of slow economic growth and increasing environmental degradation are proving unsustainable.

See <http://jeanmonnetprogram.org/archive/papers/97/97-06--II.html>

The final stage which has been reached regarding citizens' rights

- a) is a realistic possibility in advanced post-capitalistic countries.
- b) does not provide for the weak and the elderly.
- c) is a concept which requires citizens to assume more responsibilities.

- d) is impractical given an increase in the elderly population and a decrease in economic growth.

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Concept of Citizenship in Education for Democracy

In a democracy, the source of all authority -- the legitimate basis of all power -- is the collective body of the people, the citizens of the polity. There is popular sovereignty of the citizens and thereby government by consent of the governed. A citizen is a full and equal member of a polity, such as a democratic nation-state. In some countries, the condition of having citizenship is based on the place of a person's birth, which is known as "jus soli" citizenship. In other places, the status of citizen is based on the citizenship of one's parents, which is known as "jus sanguinis" citizenship. Some countries use both bases for ascribing citizenship. Further, most democratic states have established legal procedures by which people without a birthright to citizenship can become naturalized citizens.

Equality before the law is one fundamental right of the citizen; other examples are such political rights as voting and participating in public interest groups. Constitutions may make a distinction between the rights of citizens and of inhabitants of the political community who are not citizens. For example, in the United States of America, only citizens have the right to vote, serve on juries, and be elected to certain offices of the government, such as Congress. All other rights in the United States Constitution are guaranteed to everyone residing in the country, citizens and noncitizens alike.

The people of a democratic country or nation-state may have various and overlapping identities based on such factors of society as religion, race, ethnicity, social class, and gender. However, the single identity possessed equally by all citizens of the polity, regardless of differences, is civic identity. Held in common by all citizens, civic identity is based on freely given commitment to certain civic principles and values of the democracy.

See <http://www.ericdigests.org/2000-1/democracy.html>

The source of authority for a democratic country comes from

- a) the consent of government
- b) those who have "jus sanguinis" citizenship
- c) a nation state
- d) its citizens

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Concept of Citizenship in Education for Democracy

In a democracy, the source of all authority -- the legitimate basis of all power -- is the collective body of the people, the citizens of the polity. There is popular sovereignty of the citizens and thereby government by consent of the governed. A citizen is a full and equal member of a polity, such as a democratic nation-state. In some countries, the condition of having citizenship is based on the place of a person's birth, which is known as "jus soli" citizenship. In other places, the status of citizen is based on the citizenship of one's parents, which is known as "jus sanguinis" citizenship. Some countries use both bases for ascribing citizenship. Further, most democratic states have established legal procedures by which people without a birthright to citizenship can become naturalized citizens.

Equality before the law is one fundamental right of the citizen; other examples are such political rights as voting and participating in public interest groups. Constitutions may make a distinction between the rights of citizens and of inhabitants of the political community who are not citizens. For example, in the United States of America, only citizens have the right to vote, serve on juries, and be elected to certain offices of the government, such as Congress. All other rights in the United States Constitution are guaranteed to everyone residing in the country, citizens and noncitizens alike.

The people of a democratic country or nation-state may have various and overlapping identities based on such factors of society as religion, race, ethnicity, social class, and gender. However, the single identity possessed equally by all citizens of the polity, regardless of differences, is civic identity. Held in common by all citizens, civic identity is based on freely given commitment to certain civic principles and values of the democracy.

See <http://www.ericdigests.org/2000-1/democracy.html>

The concept of "jus soli" citizenship is concerned with

- a) where one is born
- b) who one's parents are
- c) a person who rules by his or herself
- d) those abandoned upon birth

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Concept of Citizenship in Education for Democracy

In a democracy, the source of all authority -- the legitimate basis of all power -- is the collective body of the people, the citizens of the polity. There is popular sovereignty of the citizens and thereby government by consent of the governed. A citizen is a full and equal member of a polity, such as a democratic nation-state.

In some countries, the condition of having citizenship is based on the place of a person's birth, which is known as "jus soli" citizenship. In other places, the status of citizen is based on the citizenship of one's parents, which is known as "jus sanguinis" citizenship. Some countries use both bases for ascribing citizenship. Further, most democratic states have established legal procedures by which people without a birthright to citizenship can become naturalized citizens.

Equality before the law is one fundamental right of the citizen; other examples are such political rights as voting and participating in public interest groups. Constitutions may make a distinction between the rights of citizens and of inhabitants of the political community who are not citizens. For example, in the United States of America, only citizens have the right to vote, serve on juries, and be elected to certain offices of the government, such as Congress. All other rights in the United States Constitution are guaranteed to everyone residing in the country, citizens and noncitizens alike.

The people of a democratic country or nation-state may have various and overlapping identities based on such factors of society as religion, race, ethnicity, social class, and gender. However, the single identity possessed equally by all citizens of the polity, regardless of differences, is civic identity. Held in common by all citizens, civic identity is based on freely given commitment to certain civic principles and values of the democracy.

See <http://www.ericdigests.org/2000-1/democracy.html>

If you can serve on a jury in the United States, it means that you are

- a) a female over 21 years
- b) a male over 21 years old
- c) a member of a polity
- d) a citizen

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Concept of Citizenship in Education for Democracy

In a democracy, the source of all authority -- the legitimate basis of all power -- is the collective body of the people, the citizens of the polity. There is popular sovereignty of the citizens and thereby government by consent of the governed. A citizen is a full and equal member of a polity, such as a democratic nation-state. In some countries, the condition of having citizenship is based on the place of a person's birth, which is known as "jus soli" citizenship. In other places, the status of citizen is based on the citizenship of one's parents, which is known as "jus sanguinis" citizenship. Some countries use both bases for ascribing citizenship. Further, most democratic states have established legal procedures by which people without a birthright to citizenship can become naturalized citizens.

Equality before the law is one fundamental right of the citizen; other examples are such political rights as voting and participating in public interest groups. Constitutions may make a distinction between the rights of citizens and of inhabitants of the political community who are not citizens. For example, in the United States of America, only citizens have the right to vote, serve on juries, and be elected to certain offices of the government, such as Congress. All other rights in the United States Constitution are guaranteed to everyone residing in the country, citizens and noncitizens alike.

The people of a democratic country or nation-state may have various and overlapping identities based on such factors of society as religion, race, ethnicity, social class, and gender. However, the single identity possessed equally by all citizens of the polity, regardless of differences, is civic identity. Held in common by all citizens, civic identity is based on freely given commitment to certain civic principles and values of the democracy.

See <http://www.ericdigests.org/2000-1/democracy.html>

In a democracy, citizens can have many identities, but the only identity shared by everyone is

- a) an identity based on class
- b) a racial identity
- c) a religious identity
- d) a civic identity

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Concept of Citizenship in Education for Democracy

In a democracy, the source of all authority -- the legitimate basis of all power -- is the collective body of the people, the citizens of the polity. There is popular sovereignty of the citizens and thereby government by consent of the governed. A citizen is a full and equal member of a polity, such as a democratic nation-state. In some countries, the condition of having citizenship is based on the place of a person's birth, which is known as "jus soli" citizenship. In other places, the status of citizen is based on the citizenship of one's parents, which is known as "jus sanguinis" citizenship. Some countries use both bases for ascribing citizenship. Further, most democratic states have established legal procedures by which people without a birthright to citizenship can become naturalized citizens.

Equality before the law is one fundamental right of the citizen; other examples are such political rights as voting and participating in public interest groups. Constitutions may make a distinction between the rights of citizens and of inhabitants of the political community who are not citizens. For example, in the United States of America, only citizens have the right to vote, serve on juries, and be elected to certain offices of the government, such as Congress. All other rights in the United States Constitution are guaranteed to everyone residing in the country, citizens and noncitizens alike.

The people of a democratic country or nation-state may have various and overlapping identities based on such factors of society as religion, race, ethnicity, social class, and gender. However, the single identity possessed equally by all citizens of the polity, regardless of differences, is civic identity. Held in common by all citizens, civic identity is based on freely given commitment to certain civic principles and values of the democracy.

See <http://www.ericdigests.org/2000-1/democracy.html>

If you are a citizen, which of the following are you NOT expected to do?

- a) To vote
- b) To perform jury duty
- c) To commit yourself to democratic values
- d) To restrict the activity of public interest groups

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

"Nada me gusta mucho..."

A diferencia de los jóvenes que, hace unos años, requerían orientación vocacional "por dudas o conflictos entre carreras", hoy –según la autora de esta nota– suelen presentar "estados de apatía, resultado de una gran desconexión emocional".

Cada vez más adolescentes, al consultar por orientación vocacional, manifiestan que desean seguir estudiando pero, en realidad, no logran interesarse o sentirse atraídos en forma consistente hacia ninguna carrera o campo ocupacional. Nada los convence ni los seduce suficientemente. Por más técnicas activas, gráficas, lúdicas y psicodramáticas o test de intereses y aptitudes que se apliquen, no logran descubrir en sí mismos ninguna área del hacer o del saber que les resulte verdaderamente atractiva, y, si la encuentran, no pueden luego sostener sus objetivos.

Se percibe que no están en condiciones de elegir con convicción porque falla en ellos algo más básico, más determinante, previo a la tarea de elegir: falla algo en el orden del deseo; no pueden interesarse profundamente por nada, porque están emocionalmente desconectados, apáticos, desmotivados. No pueden encontrar imágenes ocupacionales agradables ni lugares para informarse y visitar, ni elementos con los cuales identificarse. Muchos van de carrera en carrera pensando que todavía no encontraron su verdadera vocación, sin percibir que el problema es otro.

Horacio Romero González (...), confirma, a partir de una investigación efectuada en la Universidad Nacional de Río Cuarto, la presencia de estas nuevas sintomatologías vocacionales: "Hemos corroborado la marcada apatía y falta de interés de muchos de nuestros ingresantes, que se sienten desorientados en relación con la construcción de un futuro para sí mismos. No tienen convicciones propias, no poseen motivaciones fuertes que vayan más allá de lo inmediato y carecen de una cosmovisión personal".

(Adaptado de Desmotivación, insatisfacción y abandono de proyectos en los jóvenes. Orientación vocacional y vínculos familiares. Nuevos Problemas en Orientación Vocacional. Artículo publicado en página/12 - Psicología, Jueves 2 de Agosto de 2007)

http://www.orientacionyfamilia.com.ar/claudia_messing_nuevos_problemas_orientacion_vocacional_diario_pagina_12.html

¿Qué tipo de inconveniente empujaban a los jóvenes a solicitar una orientación vocacional?

- a) Coordinación entre la toma de decisión y la ocupación elegida
- b) Ningún tipo de problema los estimulaba en la demanda de orientación vocacional
- c) Certidumbre sobre la elección laboral
- d) Titubeo a la hora de escoger los estudios más adecuados

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

"Nada me gusta mucho..."

A diferencia de los jóvenes que, hace unos años, requerían orientación vocacional "por dudas o conflictos entre carreras", hoy –según la autora de esta nota– suelen presentar "estados de apatía, resultado de una gran desconexión emocional".

Cada vez más adolescentes, al consultar por orientación vocacional, manifiestan que desean seguir estudiando pero, en realidad, no logran interesarse o sentirse atraídos en forma consistente hacia ninguna carrera o campo ocupacional. Nada los convence ni los seduce suficientemente. Por más técnicas activas, gráficas, lúdicas y psicodramáticas o test de intereses y aptitudes que se apliquen, no logran descubrir en sí mismos ninguna área del hacer o del saber que les resulte verdaderamente atractiva, y, si la encuentran, no pueden luego sostener sus objetivos.

Se percibe que no están en condiciones de elegir con convicción porque falla en ellos algo más básico, más determinante, previo a la tarea de elegir: falla algo en el orden del deseo; no pueden interesarse profundamente por nada, porque están emocionalmente desconectados, apáticos, desmotivados. No pueden encontrar imágenes ocupacionales agradables ni lugares para informarse y visitar, ni elementos con los cuales identificarse. Muchos van de carrera en carrera pensando que todavía no encontraron su verdadera vocación, sin percibir que el problema es otro.

Horacio Romero González (...), confirma, a partir de una investigación efectuada en la Universidad Nacional de Río Cuarto, la presencia de estas nuevas patologías vocacionales: "Hemos corroborado la marcada apatía y falta de interés de muchos de nuestros ingresantes, que se sienten desorientados en relación con la construcción de un futuro para sí mismos. No tienen convicciones propias, no poseen motivaciones fuertes que vayan más allá de lo inmediato y carecen de una cosmovisión personal".

(Adaptado de Desmotivación, insatisfacción y abandono de proyectos en los jóvenes. Orientación vocacional y vínculos familiares. Nuevos Problemas en Orientación Vocacional. Artículo publicado en página/12 - Psicología, Jueves 2 de Agosto de 2007)

http://www.orientacionyfamilia.com.ar/claudia_messing_nuevos_problemas_orientacion_vocacional_diario_pagina_12.html

¿Qué opina la autora del texto a propósito de los nuevos y llamativos métodos utilizados para dar a conocer las carreras o profesiones?

- a) Suscitan interés en los jóvenes
- b) Fomenta a los jóvenes a volcarse a carreras más activas, lúdicas y psicodramáticas
- c) Logran el fin de que las carreras sean atractivas para los jóvenes
- d) Para los jóvenes no importa que esos métodos sean o se hagan de una o de otra forma

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

"Nada me gusta mucho..."

A diferencia de los jóvenes que, hace unos años, requerían orientación vocacional "por dudas o conflictos entre carreras", hoy –según la autora de esta nota– suelen presentar "estados de apatía, resultado de una gran desconexión emocional".

Cada vez más adolescentes, al consultar por orientación vocacional, manifiestan que desean seguir estudiando pero, en realidad, no logran interesarse o sentirse atraídos en forma consistente hacia ninguna carrera o campo ocupacional. Nada los convence ni los seduce suficientemente. Por más técnicas activas, gráficas, lúdicas y psicodramáticas o test de intereses y aptitudes que se apliquen, no logran descubrir en sí mismos ninguna área del hacer o del saber que les resulte verdaderamente atractiva, y, si la encuentran, no pueden luego sostener sus objetivos.

Se percibe que no están en condiciones de elegir con convicción porque falla en ellos algo más básico, más determinante, previo a la tarea de elegir: falla algo en el orden del deseo; no pueden interesarse profundamente por nada, porque están emocionalmente desconectados, apáticos, desmotivados. No pueden encontrar imágenes ocupacionales agradables ni lugares para informarse y visitar, ni elementos con los cuales identificarse. Muchos van de carrera en carrera pensando que todavía no encontraron su verdadera vocación, sin percibir que el problema es otro.

Horacio Romero González (...), confirma, a partir de una investigación efectuada en la Universidad Nacional de Río Cuarto, la presencia de estas nuevas patologías vocacionales: "Hemos corroborado la marcada apatía y falta de interés de muchos de nuestros ingresantes, que se sienten desorientados en relación con la construcción de un futuro para sí mismos. No tienen convicciones propias, no poseen motivaciones fuertes que vayan más allá de lo inmediato y carecen de una cosmovisión personal".

(Adaptado de Desmotivación, insatisfacción y abandono de proyectos en los jóvenes. Orientación vocacional y vínculos familiares. Nuevos Problemas en Orientación Vocacional. Artículo publicado en página/12 - Psicología, Jueves 2 de Agosto de 2007)

http://www.orientacionyfamilia.com.ar/claudia_messing_nuevos_problemas_orientacion_vocacional_diario_pagina_12.html

¿Cuál es el problema principal que impide a los jóvenes interesarse por la orientación vocacional?

- a) Acometividad
- b) Anhelo en el proceso de aprendizaje profesional
- c) Pereza y dejadez
- d) Afán desmesurado para llevar a cabo la elección vocacional

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

"Nada me gusta mucho..."

A diferencia de los jóvenes que, hace unos años, requerían orientación vocacional "por dudas o conflictos entre carreras", hoy –según la autora de esta nota– suelen presentar "estados de apatía, resultado de una gran desconexión emocional".

Cada vez más adolescentes, al consultar por orientación vocacional, manifiestan que desean seguir estudiando pero, en realidad, no logran interesarse o sentirse atraídos en forma consistente hacia ninguna carrera o campo ocupacional. Nada los convence ni los seduce suficientemente. Por más técnicas activas, gráficas, lúdicas y psicodramáticas o test de intereses y aptitudes que se apliquen, no logran descubrir en sí mismos ninguna área del hacer o del saber que les resulte verdaderamente atractiva, y, si la encuentran, no pueden luego sostener sus objetivos.

Se percibe que no están en condiciones de elegir con convicción porque falla en ellos algo más básico, más determinante, previo a la tarea de elegir: falla algo en el orden del deseo; no pueden interesarse profundamente por nada, porque están emocionalmente desconectados, apáticos, desmotivados. No pueden encontrar imágenes ocupacionales agradables ni lugares para informarse y visitar, ni elementos con los cuales identificarse. Muchos van de carrera en carrera pensando que todavía no encontraron su verdadera vocación, sin percibir que el problema es otro.

Horacio Romero González (...), confirma, a partir de una investigación efectuada en la Universidad Nacional de Río Cuarto, la presencia de estas nuevas patologías vocacionales: "Hemos corroborado la marcada apatía y falta de interés de muchos de nuestros ingresantes, que se sienten desorientados en relación con la construcción de un futuro para sí mismos. No tienen convicciones propias, no poseen motivaciones fuertes que vayan más allá de lo inmediato y carecen de una cosmovisión personal".

(Adaptado de Desmotivación, insatisfacción y abandono de proyectos en los jóvenes. Orientación vocacional y vínculos familiares. Nuevos Problemas en Orientación Vocacional. Artículo publicado en página/12 - Psicología,

Jueves 2 de Agosto de 2007)

http://www.orientacionyfamilia.com.ar/claudia_messing_nuevos_problemas_orientacion_vocacional_diario_pagina_12.html

¿Según la autora, cómo interpretan muchos jóvenes el hecho de no encontrar una carrera que les guste?

- a) Opinan que hace falta seguir más carreras contemporáneamente
- b) Comprenden que el problema está relacionado no sólo con el descubrimiento de su vocación sino también con una condición de apatía que los envuelve
- c) Se dan cuenta de que la situación es mucho más complicada de lo que parece
- d) Creen que aún no han descubierto su natural inclinación profesional

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

"Nada me gusta mucho..."

A diferencia de los jóvenes que, hace unos años, requerían orientación vocacional "por dudas o conflictos entre carreras", hoy –según la autora de esta nota– suelen presentar "estados de apatía, resultado de una gran desconexión emocional".

Cada vez más adolescentes, al consultar por orientación vocacional, manifiestan que desean seguir estudiando pero, en realidad, no logran interesarse o sentirse atraídos en forma consistente hacia ninguna carrera o campo ocupacional. Nada los convence ni los seduce suficientemente. Por más técnicas activas, gráficas, lúdicas y psicodramáticas o test de intereses y aptitudes que se apliquen, no logran descubrir en sí mismos ninguna área del hacer o del saber que les resulte verdaderamente atractiva, y, si la encuentran, no pueden luego sostener sus objetivos.

Se percibe que no están en condiciones de elegir con convicción porque falla en ellos algo más básico, más determinante, previo a la tarea de elegir: falla algo en el orden del deseo; no pueden interesarse profundamente por nada, porque están emocionalmente desconectados, apáticos, desmotivados. No pueden encontrar imágenes ocupacionales agradables ni lugares para informarse y visitar, ni elementos con los cuales identificarse. Muchos van de carrera en carrera pensando que todavía no encontraron su verdadera vocación, sin percibir que el problema es otro.

Horacio Romero González (...), confirma, a partir de una investigación efectuada en la Universidad Nacional de Río Cuarto, la presencia de estas nuevas patologías vocacionales: "Hemos corroborado la marcada apatía y falta de interés de muchos de nuestros ingresantes, que se sienten desorientados en relación con la construcción de un futuro para sí mismos. No tienen convicciones propias, no poseen motivaciones fuertes que vayan más allá de lo inmediato y carecen de una cosmovisión personal".

(Adaptado de Desmotivación, insatisfacción y abandono de proyectos en los jóvenes. Orientación vocacional y vínculos familiares. Nuevos Problemas en Orientación Vocacional. Artículo publicado en página/12 - Psicología, Jueves 2 de Agosto de 2007)

http://www.orientacionyfamilia.com.ar/claudia_messing_nuevos_problemas_orientacion_vocacional_diario_pagina_12.html

¿Qué opina Horacio Romero González con respecto al problema de las nuevas patologías vocacionales?

- a) No está de acuerdo con el análisis hecho por la autora del texto
- b) Refuerza la idea de que en el mundo actual los jóvenes se sienten despistados
- c) Rehúsa la idea de que en el mundo actual los jóvenes se sienten despistados

- d) No está de acuerdo con los resultados de la investigación efectuada en la Universidad Nacional de Río Cuarto

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La situación de la educación para la ciudadanía hoy

La cultura cívica da nombre a toda una serie de capacidades para la racionalidad, el juicio, la responsabilidad, la comunicación, la solución de problemas y la resolución de conflictos, el cambio social y la intervención social. La racionalidad nos permite superar la complejidad del mundo social y de las relaciones sociales, a partir de la aplicación de la causalidad, de la intencionalidad y del relativismo. La mirada sobre la complejidad de la realidad nos permite comprender la desigualdad, las injusticias o los procesos de marginación social.

La responsabilidad es un elemento esencial de la democracia, que exige la aceptación de los Derechos Humanos como base de las actuaciones sociales y reclama el compromiso social para superar las desigualdades o injusticias.

La formación del pensamiento crítico y creativo es fundamental para enfrentarse a los problemas sociales. El pensamiento crítico puede no ser creativo, pero el pensamiento creativo, para la búsqueda de soluciones o alternativas, es necesariamente crítico. La capacidad creadora es esencial en la construcción de la democracia. Cada persona tiene la libertad y el deber de plantear alternativas a la realidad social (...).

Los juicios son una parte importante de la cultura cívica. Los prejuicios forman parte de la vida cotidiana de las personas y, por lo tanto, de su cultura política. Las personas no podemos vivir sin prejuicios, así que no hace falta evitarlos, sino analizarlos, racionalizarlos y transformarlos en juicios conscientes (Arendt, 1997). La capacidad de reconsideración de los prejuicios y la capacidad de construcción coherente de los juicios, son piezas fundamentales de la cultura democrática (Bilbeny, 1998).

La comunicación en la educación para la ciudadanía supone: la interpretación de la información, la distinción entre hechos y opiniones, el debate, la toma de decisiones y la argumentación.

La resolución de conflictos es un aspecto fundamental de la cultura cívica, que requiere de un aprendizaje de las habilidades para la empatía, la mediación y la negociación.

Santisteban, A., J. Pagès (2007). "La educación democrática de la ciudadanía: una propuesta conceptual". R. Mª. Ávila Ruiz, R. López Atxurra, y E. Fernández de Larrea (eds.). Las competencias profesionales para la enseñanza-aprendizaje de las ciencias sociales ante el reto europeo y la globalización. Bilbao: AUPDCS.

Elige la respuesta correcta, según el texto.

- a) No es necesario que los niños se formen un pensamiento crítico
- b) El ciudadano no debe tener libertad para plantear alternativas
- c) La cultura cívica ayuda a la racionalidad
- d) El pensamiento crítico no es creativo

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La situación de la educación para la ciudadanía hoy

La cultura cívica da nombre a toda una serie de capacidades para la racionalidad, el juicio, la responsabilidad, la comunicación, la solución de problemas y la resolución de conflictos, el cambio social y la intervención social. La racionalidad nos permite superar la complejidad del mundo social y de las relaciones sociales, a partir de la aplicación de la causalidad, de la intencionalidad y del relativismo. La mirada sobre la complejidad de la realidad nos permite comprender la desigualdad, las injusticias o los procesos de marginación social.

La responsabilidad es un elemento esencial de la democracia, que exige la aceptación de los Derechos Humanos como base de las actuaciones sociales y reclama el compromiso social para superar las desigualdades o injusticias.

La formación del pensamiento crítico y creativo es fundamental para enfrentarse a los problemas sociales. El pensamiento crítico puede no ser creativo, pero el pensamiento creativo, para la búsqueda de soluciones o alternativas, es necesariamente crítico. La capacidad creadora es esencial en la construcción de la democracia. Cada persona tiene la libertad y el deber de plantear alternativas a la realidad social (...).

Los juicios son una parte importante de la cultura cívica. Los prejuicios forman parte de la vida cotidiana de las personas y, por lo tanto, de su cultura política. Las personas no podemos vivir sin prejuicios, así que no hace falta evitarlos, sino analizarlos, racionalizarlos y transformarlos en juicios conscientes (Arendt, 1997). La capacidad de reconsideración de los prejuicios y la capacidad de construcción coherente de los juicios, son piezas fundamentales de la cultura democrática (Bilbeny, 1998).

La comunicación en la educación para la ciudadanía supone: la interpretación de la información, la distinción entre hechos y opiniones, el debate, la toma de decisiones y la argumentación.

La resolución de conflictos es un aspecto fundamental de la cultura cívica, que requiere de un aprendizaje de las habilidades para la empatía, la mediación y la negociación.

Santisteban, A., J. Pagès (2007). "La educación democrática de la ciudadanía: una propuesta conceptual". R. M^a. Ávila Ruiz, R. López Atxurra, y E. Fernández de Larrea (eds.). Las competencias profesionales para la enseñanza-aprendizaje de las ciencias sociales ante el reto europeo y la globalización. Bilbao: AUPDCS.

El pensamiento crítico, ¿para qué es importante?

- a) Hay que aceptar pasivamente lo que diga la mayoría
- b) Es importante fomentar este pensamiento para que los jóvenes puedan resolver cuestiones de su entorno
- c) No influye en la actitud democrática de las personas
- d) Nos permite superar los problemas de los adolescentes

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La situación de la educación para la ciudadanía hoy

La cultura cívica da nombre a toda una serie de capacidades para la racionalidad, el juicio, la responsabilidad, la comunicación, la solución de problemas y la resolución de conflictos, el cambio social y la intervención social.

La racionalidad nos permite superar la complejidad del mundo social y de las relaciones sociales, a partir de la aplicación de la causalidad, de la intencionalidad y del relativismo. La mirada sobre la complejidad de la realidad nos permite comprender la desigualdad, las injusticias o los procesos de marginación social.

La responsabilidad es un elemento esencial de la democracia, que exige la aceptación de los Derechos Humanos como base de las actuaciones sociales y reclama el compromiso social para superar las desigualdades o injusticias.

La formación del pensamiento crítico y creativo es fundamental para enfrentarse a los problemas sociales. El pensamiento crítico puede no ser creativo, pero el pensamiento creativo, para la búsqueda de soluciones o alternativas, es necesariamente crítico. La capacidad creadora es esencial en la construcción de la democracia. Cada persona tiene la libertad y el deber de plantear alternativas a la realidad social (...).

Los juicios son una parte importante de la cultura cívica. Los prejuicios forman parte de la vida cotidiana de las personas y, por lo tanto, de su cultura política. Las personas no podemos vivir sin prejuicios, así que no hace falta evitarlos, sino analizarlos, racionalizarlos y transformarlos en juicios conscientes (Arendt, 1997). La capacidad de reconsideración de los prejuicios y la capacidad de construcción coherente de los juicios, son piezas fundamentales de la cultura democrática (Bilbeny, 1998).

La comunicación en la educación para la ciudadanía supone: la interpretación de la información, la distinción entre hechos y opiniones, el debate, la toma de decisiones y la argumentación.

La resolución de conflictos es un aspecto fundamental de la cultura cívica, que requiere de un aprendizaje de las habilidades para la empatía, la mediación y la negociación.

Santisteban, A., J. Pagès (2007). "La educación democrática de la ciudadanía: una propuesta conceptual". R. M^a. Ávila Ruiz, R. López Atxurra, y E. Fernández de Larrea (eds.). Las competencias profesionales para la enseñanza-aprendizaje de las ciencias sociales ante el reto europeo y la globalización. Bilbao: AUPDCS.

Según el texto, ¿qué exige la responsabilidad?

- a) Elude el compromiso social para superar las desigualdades o injusticias
- b) Requiere una menor habilidad en la comunicación y la interpretación de la información
- c) Declina la capacidad de construcción coherente de los juicios
- d) Actuar de conformidad con los derechos humanos

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La situación de la educación para la ciudadanía hoy

La cultura cívica da nombre a toda una serie de capacidades para la racionalidad, el juicio, la responsabilidad, la comunicación, la solución de problemas y la resolución de conflictos, el cambio social y la intervención social.

La racionalidad nos permite superar la complejidad del mundo social y de las relaciones sociales, a partir de la aplicación de la causalidad, de la intencionalidad y del relativismo. La mirada sobre la complejidad de la realidad nos permite comprender la desigualdad, las injusticias o los procesos de marginación social.

La responsabilidad es un elemento esencial de la democracia, que exige la aceptación de los Derechos Humanos como base de las actuaciones sociales y reclama el compromiso social para superar las desigualdades o injusticias.

La formación del pensamiento crítico y creativo es fundamental para enfrentarse a los problemas sociales. El pensamiento crítico puede no ser creativo, pero el pensamiento creativo, para la búsqueda de soluciones o alternativas, es necesariamente crítico. La capacidad creadora es esencial en la construcción de la democracia. Cada persona tiene la libertad y el deber de plantear alternativas a la realidad social (...).

Los juicios son una parte importante de la cultura cívica. Los prejuicios forman parte de la vida cotidiana de las personas y, por lo tanto, de su cultura política. Las personas no podemos vivir sin prejuicios, así que no hace falta evitarlos, sino analizarlos, racionalizarlos y transformarlos en juicios conscientes (Arendt, 1997). La capacidad de reconsideración de los prejuicios y la capacidad de construcción coherente de los juicios, son piezas fundamentales de la cultura democrática (Bilbeny, 1998).

La comunicación en la educación para la ciudadanía supone: la interpretación de la información, la distinción entre hechos y opiniones, el debate, la toma de decisiones y la argumentación.

La resolución de conflictos es un aspecto fundamental de la cultura cívica, que requiere de un aprendizaje de las habilidades para la empatía, la mediación y la negociación.

Santisteban, A., J. Pagès (2007). "La educación democrática de la ciudadanía: una propuesta conceptual". R. M^a. Ávila Ruiz, R. López Atxurra, y E. Fernández de Larrea (eds.). Las competencias profesionales para la enseñanza-aprendizaje de las ciencias sociales ante el reto europeo y la globalización. Bilbao: AUPDCS.

Elige la respuesta correcta, según el texto.

- a) Los prejuicios forman parte de la vida cotidiana
- b) En nuestra sociedad no existen prejuicios
- c) Hay que evitar vivir con prejuicios

- d) Sería mejor no analizar los prejuicios

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

La situación de la educación para la ciudadanía hoy

La cultura cívica da nombre a toda una serie de capacidades para la racionalidad, el juicio, la responsabilidad, la comunicación, la solución de problemas y la resolución de conflictos, el cambio social y la intervención social. La racionalidad nos permite superar la complejidad del mundo social y de las relaciones sociales, a partir de la aplicación de la causalidad, de la intencionalidad y del relativismo. La mirada sobre la complejidad de la realidad nos permite comprender la desigualdad, las injusticias o los procesos de marginación social.

La responsabilidad es un elemento esencial de la democracia, que exige la aceptación de los Derechos Humanos como base de las actuaciones sociales y reclama el compromiso social para superar las desigualdades o injusticias.

La formación del pensamiento crítico y creativo es fundamental para enfrentarse a los problemas sociales. El pensamiento crítico puede no ser creativo, pero el pensamiento creativo, para la búsqueda de soluciones o alternativas, es necesariamente crítico. La capacidad creadora es esencial en la construcción de la democracia. Cada persona tiene la libertad y el deber de plantear alternativas a la realidad social (...).

Los juicios son una parte importante de la cultura cívica. Los prejuicios forman parte de la vida cotidiana de las personas y, por lo tanto, de su cultura política. Las personas no podemos vivir sin prejuicios, así que no hace falta evitarlos, sino analizarlos, racionalizarlos y transformarlos en juicios conscientes (Arendt, 1997). La capacidad de reconsideración de los prejuicios y la capacidad de construcción coherente de los juicios, son piezas fundamentales de la cultura democrática (Bilbeny, 1998).

La comunicación en la educación para la ciudadanía supone: la interpretación de la información, la distinción entre hechos y opiniones, el debate, la toma de decisiones y la argumentación.

La resolución de conflictos es un aspecto fundamental de la cultura cívica, que requiere de un aprendizaje de las habilidades para la empatía, la mediación y la negociación.

Santisteban, A., J. Pagès (2007). "La educación democrática de la ciudadanía: una propuesta conceptual". R. M^a. Ávila Ruiz, R. López Atxurra, y E. Fernández de Larrea (eds.). Las competencias profesionales para la enseñanza-aprendizaje de las ciencias sociales ante el reto europeo y la globalización. Bilbao: AUPDCS.

Los autores creen que

- a) la educación para la ciudadanía no ayuda a tomar decisiones
- b) la resolución de los conflictos no forma parte de la cultura cívica
- c) los conflictos se resuelven sin negociar
- d) la comunicación ayuda a interpretar la vida

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'éducation à la citoyenneté, comme d'ailleurs toute éducation, est indissociable du champ social dans lequel elle s'exerce. Elle s'inscrit dans la temporalité et vise une certaine stabilité de la société. En effet, éduquer l'enfant, c'est le faire entrer dans une culture déjà là, dans une société qui précède, donc s'inscrire dans des liens qu'on n'a pas choisis. Dans une société démocratique, cette éducation - et l'école n'est évidemment pas le seul acteur concerné - a pour fonction première de transmettre un héritage, d'enseigner les principes éthiques et les cadres de droits, national et international, qui déterminent le vivre ensemble. Mais la société, aujourd'hui plus que jamais, est confrontée à des changements rapides et à des défis qui s'inscrivent dans des systèmes complexes à

l'échelle mondiale. Ces défis exigent des choix auxquels le citoyen doit être en mesure de participer. Or, à eux seuls, la transmission et l'enseignement ne suffisent plus : l'éducation à la citoyenneté doit permettre d'exercer de nouvelles compétences : entrer dans la complexité, gérer l'incertitude, se situer, imaginer des solutions nouvelles et participer à leur mise en œuvre ; elle vise à la fois à transmettre les acquis sociaux et à favoriser des changements indispensables pour affronter les nouvelles questions auxquelles la société est confrontée. Qu'il y ait des antagonismes et des contradictions dans ce double objectif est une évidence ; ils sont source de tensions constructives ; ils sont partie intrinsèque de la vie sociale et des choix citoyens. C'est ici que l'éducation à la citoyenneté ouvre un champ probablement peu familier aux pratiques scolaires : la confrontation à l'incertitude et aux dilemmes. Certes, des repères existent : les droits humains, les bases juridiques de l'État, les règles de fonctionnement de l'école. Mais si ces repères constituent un élément de stabilité essentiel, ils ne sont pas pour autant immuables et évoluent en fonction des changements sociaux.

Selon l'auteur du texte, l'éducation à la citoyenneté

- a) Est une valeur qui n'a pas lieu d'être dans les sociétés démocratiques.
- b) Évolue dans une perspective diachronique et selon les mutations sociétales.
- c) Est dépassée, désormais dépourvue de sens.
- d) Est une valeur absolue et immuable.

Quesito 7 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'éducation à la citoyenneté, comme d'ailleurs toute éducation, est indissociable du champ social dans lequel elle s'exerce. Elle s'inscrit dans la temporalité et vise une certaine stabilité de la société. En effet, éduquer l'enfant, c'est le faire entrer dans une culture déjà là, dans une société qui précède, donc s'inscrire dans des liens qu'on n'a pas choisis. Dans une société démocratique, cette éducation - et l'école n'est évidemment pas le seul acteur concerné - a pour fonction première de transmettre un héritage, d'enseigner les principes éthiques et les cadres de droits, national et international, qui déterminent le vivre ensemble. Mais la société, aujourd'hui plus que jamais, est confrontée à des changements rapides et à des défis qui s'inscrivent dans des systèmes complexes à l'échelle mondiale. Ces défis exigent des choix auxquels le citoyen doit être en mesure de participer. Or, à eux seuls, la transmission et l'enseignement ne suffisent plus : l'éducation à la citoyenneté doit permettre d'exercer de nouvelles compétences : entrer dans la complexité, gérer l'incertitude, se situer, imaginer des solutions nouvelles et participer à leur mise en œuvre ; elle vise à la fois à transmettre les acquis sociaux et à favoriser des changements indispensables pour affronter les nouvelles questions auxquelles la société est confrontée. Qu'il y ait des antagonismes et des contradictions dans ce double objectif est une évidence ; ils sont source de tensions constructives ; ils sont partie intrinsèque de la vie sociale et des choix citoyens. C'est ici que l'éducation à la citoyenneté ouvre un champ probablement peu familier aux pratiques scolaires : la confrontation à l'incertitude et aux dilemmes. Certes, des repères existent : les droits humains, les bases juridiques de l'État, les règles de fonctionnement de l'école. Mais si ces repères constituent un élément de stabilité essentiel, ils ne sont pas pour autant immuables et évoluent en fonction des changements sociaux.

Les deux principaux pivots autour desquels tourne l'éducation à la citoyenneté sont :

- a) Le système économique et le système politique.
- b) Les cultures nationales.
- c) Le rayonnement d'un patrimoine issu de la tradition et l'ouverture de scénarios sociaux futurs.
- d) Les idéologies et les patrimoines nationalistes.

Quesito 7 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'éducation à la citoyenneté, comme d'ailleurs toute éducation, est indissociable du champ social dans lequel elle s'exerce. Elle s'inscrit dans la temporalité et vise une certaine stabilité de la société. En effet, éduquer l'enfant, c'est le faire entrer dans une culture déjà là, dans une société qui précède, donc s'inscrire dans des liens qu'on n'a pas choisis. Dans une société démocratique, cette éducation - et l'école n'est évidemment pas le seul acteur concerné - a pour fonction première de transmettre un héritage, d'enseigner les principes éthiques et les cadres de droits, national et international, qui déterminent le vivre ensemble. Mais la société, aujourd'hui plus que jamais, est confrontée à des changements rapides et à des défis qui s'inscrivent dans des systèmes complexes à l'échelle mondiale. Ces défis exigent des choix auxquels le citoyen doit être en mesure de participer. Or, à eux seuls, la transmission et l'enseignement ne suffisent plus : l'éducation à la citoyenneté doit permettre d'exercer de nouvelles compétences : entrer dans la complexité, gérer l'incertitude, se situer, imaginer des solutions nouvelles et participer à leur mise en œuvre ; elle vise à la fois à transmettre les acquis sociaux et à favoriser des changements indispensables pour affronter les nouvelles questions auxquelles la société est confrontée. Qu'il y ait des antagonismes et des contradictions dans ce double objectif est une évidence ; ils sont source de tensions constructives ; ils sont partie intrinsèque de la vie sociale et des choix citoyens. C'est ici que l'éducation à la citoyenneté ouvre un champ probablement peu familier aux pratiques scolaires : la confrontation à l'incertitude et aux dilemmes. Certes, des repères existent : les droits humains, les bases juridiques de l'État, les règles de fonctionnement de l'école. Mais si ces repères constituent un élément de stabilité essentiel, ils ne sont pas pour autant immuables et évoluent en fonction des changements sociaux.

Selon l'auteur du texte, la société est aujourd'hui confrontée à des changements et à des défis

- a) Ordinaires et naturels.
- b) Très pressants et délicats.
- c) Susceptibles de recevoir une solution rapide.
- d) Lents et prévisibles.

Quesito 7 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'éducation à la citoyenneté, comme d'ailleurs toute éducation, est indissociable du champ social dans lequel elle s'exerce. Elle s'inscrit dans la temporalité et vise une certaine stabilité de la société. En effet, éduquer l'enfant, c'est le faire entrer dans une culture déjà là, dans une société qui précède, donc s'inscrire dans des liens qu'on n'a pas choisis. Dans une société démocratique, cette éducation - et l'école n'est évidemment pas le seul acteur concerné - a pour fonction première de transmettre un héritage, d'enseigner les principes éthiques et les cadres de droits, national et international, qui déterminent le vivre ensemble. Mais la société, aujourd'hui plus que jamais, est confrontée à des changements rapides et à des défis qui s'inscrivent dans des systèmes complexes à l'échelle mondiale. Ces défis exigent des choix auxquels le citoyen doit être en mesure de participer. Or, à eux seuls, la transmission et l'enseignement ne suffisent plus : l'éducation à la citoyenneté doit permettre d'exercer de nouvelles compétences : entrer dans la complexité, gérer l'incertitude, se situer, imaginer des solutions nouvelles et participer à leur mise en œuvre ; elle vise à la fois à transmettre les acquis sociaux et à favoriser des changements indispensables pour affronter les nouvelles questions auxquelles la société est confrontée. Qu'il y ait des antagonismes et des contradictions dans ce double objectif est une évidence ; ils sont source de tensions constructives ; ils sont partie intrinsèque de la vie sociale et des choix citoyens. C'est ici que l'éducation à la citoyenneté ouvre un champ probablement peu familier aux pratiques scolaires : la confrontation à l'incertitude et aux dilemmes. Certes, des repères existent : les droits humains, les bases juridiques de l'État, les règles de fonctionnement de l'école. Mais si ces repères constituent un élément de stabilité essentiel, ils ne sont pas pour autant immuables et évoluent en fonction des changements sociaux.

En ce qui concerne l'éducation à la citoyenneté, la transmission et l'enseignement se sont révélés insuffisants par rapport

- a) Aux savoirs traditionnels transmis par l'école.
- b) Par rapport à la transmission des droits humains et des bases juridiques de la société.

- c) À la diffusion d'une culture politique engagée.
- d) Aux nouveaux savoir-faire demandés par nos sociétés de plus en plus complexes.

Quesito 7 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'éducation à la citoyenneté, comme d'ailleurs toute éducation, est indissociable du champ social dans lequel elle s'exerce. Elle s'inscrit dans la temporalité et vise une certaine stabilité de la société. En effet, éduquer l'enfant, c'est le faire entrer dans une culture déjà là, dans une société qui précède, donc s'inscrire dans des liens qu'on n'a pas choisis. Dans une société démocratique, cette éducation - et l'école n'est évidemment pas le seul acteur concerné - a pour fonction première de transmettre un héritage, d'enseigner les principes éthiques et les cadres de droits, national et international, qui déterminent le vivre ensemble. Mais la société, aujourd'hui plus que jamais, est confrontée à des changements rapides et à des défis qui s'inscrivent dans des systèmes complexes à l'échelle mondiale. Ces défis exigent des choix auxquels le citoyen doit être en mesure de participer. Or, à eux seuls, la transmission et l'enseignement ne suffisent plus : l'éducation à la citoyenneté doit permettre d'exercer de nouvelles compétences : entrer dans la complexité, gérer l'incertitude, se situer, imaginer des solutions nouvelles et participer à leur mise en œuvre ; elle vise à la fois à transmettre les acquis sociaux et à favoriser des changements indispensables pour affronter les nouvelles questions auxquelles la société est confrontée. Qu'il y ait des antagonismes et des contradictions dans ce double objectif est une évidence ; ils sont source de tensions constructives ; ils sont partie intrinsèque de la vie sociale et des choix citoyens. C'est ici que l'éducation à la citoyenneté ouvre un champ probablement peu familier aux pratiques scolaires : la confrontation à l'incertitude et aux dilemmes. Certes, des repères existent : les droits humains, les bases juridiques de l'État, les règles de fonctionnement de l'école. Mais si ces repères constituent un élément de stabilité essentiel, ils ne sont pas pour autant immuables et évoluent en fonction des changements sociaux.

Selon l'auteur, pour qu'une éducation à la citoyenneté puisse se développer de manière efficace il faut qu'il y ait :

- a) Un engagement précis des éducateurs du système scolaire.
- b) Une implication active des familles des élèves.
- c) Un seul acteur politique concerné.
- d) Plusieurs acteurs impliqués, y compris le système scolaire.

Quesito 8 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Un contenu ambivalent mais qui gagne en cohésion

Le contenu de la citoyenneté européenne peut paraître malaisé à déterminer compte tenu de "l'éparpillement" des dispositions définissant les droits des citoyens. Celles-ci ne sont pas rassemblées dans un seul et même texte : les articles 20 à 24 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE) mentionnent les droits attachés à la seule qualité de citoyen européen et la Charte des droits fondamentaux de décembre 2000 rassemble les droits politiques, économiques et sociaux des Européens.

Néanmoins, le traité de Lisbonne, entré en vigueur en décembre 2009, a donné plus de force à la citoyenneté européenne. D'une part, il permet l'exercice d'une citoyenneté plus active avec l'instauration d'un droit d'initiative citoyenne. D'autre part, il reconnaît à la Charte des droits fondamentaux une valeur juridique égale aux traités, ce qui la rend contraignante pour les États membres. Cependant, l'apport de la citoyenneté européenne est nécessairement mitigé dans la mesure où certains droits afférents à la qualité de citoyen européen ne font que consolider l'acquis communautaire, tandis que d'autres ajoutent à l'état du droit.

La consolidation de l'acquis communautaire

Dans certains domaines, l'institution de la citoyenneté européenne s'est faite à droit constant. En effet, en conférant à tout citoyen de l'Union le "droit de circuler et de séjourner librement sur le territoire des États membres" (art. 21 TFUE), le traité de Maastricht ne faisait que rappeler un droit déjà garanti depuis 1957.

Le constat est le même s'agissant du droit de pétition devant le Parlement européen. Son rattachement à la citoyenneté européenne, opéré par l'article 24 TFUE, n'apporte rien de nouveau. Il officialise simplement une pratique qui apparaissait, jusque-là, dans le règlement intérieur du Parlement européen.

Le contenu de la citoyenneté européenne est-il facile à déterminer?

- a) Non, il peut paraître malaisé à déterminer.
- b) Oui, il est très facile à comprendre.
- c) Oui, il peut paraître simple à comprendre.
- d) Non, tout le monde le comprend tout de suite.

Quesito 8 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Un contenu ambivalent mais qui gagne en cohésion

Le contenu de la citoyenneté européenne peut paraître malaisé à déterminer compte tenu de "l'éparpillement" des dispositions définissant les droits des citoyens. Celles-ci ne sont pas rassemblées dans un seul et même texte : les articles 20 à 24 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE) mentionnent les droits attachés à la seule qualité de citoyen européen et la Charte des droits fondamentaux de décembre 2000 rassemble les droits politiques, économiques et sociaux des Européens.

Néanmoins, le traité de Lisbonne, entré en vigueur en décembre 2009, a donné plus de force à la citoyenneté européenne. D'une part, il permet l'exercice d'une citoyenneté plus active avec l'instauration d'un droit d'initiative citoyenne. D'autre part, il reconnaît à la Charte des droits fondamentaux une valeur juridique égale aux traités, ce qui la rend contraignante pour les États membres. Cependant, l'apport de la citoyenneté européenne est nécessairement mitigé dans la mesure où certains droits afférents à la qualité de citoyen européen ne font que consolider l'acquis communautaire, tandis que d'autres ajoutent à l'état du droit.

La consolidation de l'acquis communautaire

Dans certains domaines, l'institution de la citoyenneté européenne s'est faite à droit constant. En effet, en conférant à tout citoyen de l'Union le "droit de circuler et de séjourner librement sur le territoire des États membres" (art. 21 TFUE), le traité de Maastricht ne faisait que rappeler un droit déjà garanti depuis 1957.

Le constat est le même s'agissant du droit de pétition devant le Parlement européen. Son rattachement à la citoyenneté européenne, opéré par l'article 24 TFUE, n'apporte rien de nouveau. Il officialise simplement une pratique qui apparaissait, jusque-là, dans le règlement intérieur du Parlement européen.

<http://www.vie-publique.fr>

La Charte, qu'est-ce qu'elle rassemble?

- a) Les droits sociaux des Européens.
- b) Les droits politiques des Européens.
- c) Les droits politiques, économiques et sociaux des Européens.
- d) Les droits économiques et sociaux des Européens.

Quesito 8 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Un contenu ambivalent mais qui gagne en cohésion

Le contenu de la citoyenneté européenne peut paraître malaisé à déterminer compte tenu de "l'éparpillement" des dispositions définissant les droits des citoyens. Celles-ci ne sont pas rassemblées dans un seul et même texte : les articles 20 à 24 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE) mentionnent les droits attachés à la seule qualité de citoyen européen et la Charte des droits fondamentaux de décembre 2000 rassemble les droits politiques, économiques et sociaux des Européens.

Néanmoins, le traité de Lisbonne, entré en vigueur en décembre 2009, a donné plus de force à la citoyenneté européenne. D'une part, il permet l'exercice d'une citoyenneté plus active avec l'instauration d'un droit d'initiative

citoyenne. D'autre part, il reconnaît à la Charte des droits fondamentaux une valeur juridique égale aux traités, ce qui la rend contraignante pour les États membres. Cependant, l'apport de la citoyenneté européenne est nécessairement mitigé dans la mesure où certains droits afférents à la qualité de citoyen européen ne font que consolider l'acquis communautaire, tandis que d'autres ajoutent à l'état du droit.

La consolidation de l'acquis communautaire

Dans certains domaines, l'institution de la citoyenneté européenne s'est faite à droit constant. En effet, en conférant à tout citoyen de l'Union le "droit de circuler et de séjourner librement sur le territoire des États membres" (art. 21 TFUE), le traité de Maastricht ne faisait que rappeler un droit déjà garanti depuis 1957.

Le constat est le même s'agissant du droit de pétition devant le Parlement européen. Son rattachement à la citoyenneté européenne, opéré par l'article 24 TFUE, n'apporte rien de nouveau. Il officialise simplement une pratique qui apparaissait, jusque-là, dans le règlement intérieur du Parlement européen.

<http://www.vie-publique.fr>

Les dispositions définissant les droits des citoyens, où sont-elles contenues ?

- a) Dans un seul et même texte.
- b) Dans la Charte des droits fondamentaux de décembre 2000.
- c) Dans plusieurs textes.
- d) Dans les articles 20 à 24 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE).

Quesito 8 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Un contenu ambivalent mais qui gagne en cohésion

Le contenu de la citoyenneté européenne peut paraître malaisé à déterminer compte tenu de "l'éparpillement" des dispositions définissant les droits des citoyens. Celles-ci ne sont pas rassemblées dans un seul et même texte : les articles 20 à 24 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE) mentionnent les droits attachés à la seule qualité de citoyen européen et la Charte des droits fondamentaux de décembre 2000 rassemble les droits politiques, économiques et sociaux des Européens.

Néanmoins, le traité de Lisbonne, entré en vigueur en décembre 2009, a donné plus de force à la citoyenneté européenne. D'une part, il permet l'exercice d'une citoyenneté plus active avec l'instauration d'un droit d'initiative citoyenne. D'autre part, il reconnaît à la Charte des droits fondamentaux une valeur juridique égale aux traités, ce qui la rend contraignante pour les États membres. Cependant, l'apport de la citoyenneté européenne est nécessairement mitigé dans la mesure où certains droits afférents à la qualité de citoyen européen ne font que consolider l'acquis communautaire, tandis que d'autres ajoutent à l'état du droit.

La consolidation de l'acquis communautaire

Dans certains domaines, l'institution de la citoyenneté européenne s'est faite à droit constant. En effet, en conférant à tout citoyen de l'Union le "droit de circuler et de séjourner librement sur le territoire des États membres" (art. 21 TFUE), le traité de Maastricht ne faisait que rappeler un droit déjà garanti depuis 1957.

Le constat est le même s'agissant du droit de pétition devant le Parlement européen. Son rattachement à la citoyenneté européenne, opéré par l'article 24 TFUE, n'apporte rien de nouveau. Il officialise simplement une pratique qui apparaissait, jusque-là, dans le règlement intérieur du Parlement européen.

<http://www.vie-publique.fr>

Le traité de Maastricht rappelle-t-il un droit déjà garanti ?

- a) Oui, il rappelle un droit déjà garanti depuis 1957.
- b) Oui, il rappelle un droit déjà garanti par les élections municipales françaises de 2001.
- c) Non, il a donné des droits nouveaux.
- d) Non, il n'en rappelle pas.

Quesito 8 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions en cochant la bonne réponse

Un contenu ambivalent mais qui gagne en cohésion

Le contenu de la citoyenneté européenne peut paraître malaisé à déterminer compte tenu de "l'éparpillement" des dispositions définissant les droits des citoyens. Celles-ci ne sont pas rassemblées dans un seul et même texte : les articles 20 à 24 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE) mentionnent les droits attachés à la seule qualité de citoyen européen et la Charte des droits fondamentaux de décembre 2000 rassemble les droits politiques, économiques et sociaux des Européens.

Néanmoins, le traité de Lisbonne, entré en vigueur en décembre 2009, a donné plus de force à la citoyenneté européenne. D'une part, il permet l'exercice d'une citoyenneté plus active avec l'instauration d'un droit d'initiative citoyenne. D'autre part, il reconnaît à la Charte des droits fondamentaux une valeur juridique égale aux traités, ce qui la rend contraignante pour les États membres. Cependant, l'apport de la citoyenneté européenne est nécessairement mitigé dans la mesure où certains droits afférents à la qualité de citoyen européen ne font que consolider l'acquis communautaire, tandis que d'autres ajoutent à l'état du droit.

La consolidation de l'acquis communautaire

Dans certains domaines, l'institution de la citoyenneté européenne s'est faite à droit constant. En effet, en conférant à tout citoyen de l'Union le "droit de circuler et de séjourner librement sur le territoire des États membres" (art. 21 TFUE), le traité de Maastricht ne faisait que rappeler un droit déjà garanti depuis 1957. Le constat est le même s'agissant du droit de pétition devant le Parlement européen. Son rattachement à la citoyenneté européenne, opéré par l'article 24 TFUE, n'apporte rien de nouveau. Il officialise simplement une pratique qui apparaissait, jusque-là, dans le règlement intérieur du Parlement européen.

<http://www.vie-publique.fr>

Les articles 20 à 24 du traité sur le fonctionnement de l'U E, qu'est-ce qu'ils mentionnent ?

- a) Les droits politiques des citoyens européens.
- b) Les droits attachés à la seule qualité de citoyen européen.
- c) Les lois sur le commerce européen.
- d) Les lois économiques de l'UE.